

INFORMATIONEN- UND NACHRICHTEN BÜRO HA5040

Bureau d'information et de renseignement 5040 Schöffland/AG
Tis Hagmann, Schreib-, Hand- und Mundwerker
(erscheint in der Regel wöchentlich) Ausgabe 29. Febr. 2024
tis.hagmann@bluemail.ch



Wochenbericht KW 09/2024



Nach den Corona-Genspritzen ist im Zeitraum 2021 und 2022 der **Verbrauch an Medikamenten zur Krebsbehandlung um über 100% gestiegen**. Diese Zahlen sind im Arzneimittel-Report der **Krankenkasse Helsana** enthalten. Diese basieren wiederum auf den Daten des BAG. Nach der Veröffentlichung in den Dokumenten der Helsana, hat das BAG die entsprechende Statistik zurückgezogen. Begründung: es seien nicht die richtigen Fragen gestellt worden. Alles wird vertuscht. Das Lügengebilde ist schon längstens zusammengebrochen. **Dem BAG kann man wirklich nichts mehr glauben. Die gesamte Spitze des BAG ist zu entlassen und vor Gericht zu stellen.** Bis anhin wurde die Aufarbeitung unter den Tisch gewischt. Siehe: <https://auf1.radio/storage/nachrichten-auf1-vom-8-dezember-2023.mp3>

Warum die Ukraine? Das haben wir noch im Netz gefunden. Sehr aufschlussreich. Die Aussage von **Swissinfo im April 2022 im O-Ton:** «Viele Pharma- und Biotechnologieunternehmen haben in den letzten zehn Jahren med. Studien in der Ukraine durchgeführt. Niedrigere Kosten und **Gesetzesänderungen zur Angleichung der Praxis(!)** klinischer Studien an internationale Standards, führten zu einem raschen Anstieg der Zahl der in der Ukraine durchgeführten Studien. Das Land genießt einen guten Ruf, weil es schnell Patienten aufnimmt und zuverlässige Daten liefert. Auch **das ukrainische Gesundheitssystem sei gut**, sagt Steven Stein, Chief Medical Officer beim US-Biotech-Unternehmen Incyte, das seinen europäischen Hauptsitz in der Schweiz hat. Unglaublich, derartige Aussagen. Einfacher: im korruptesten Land der Welt zählt der Mensch für diese «Forscher» gar nichts. Der Patient wird als «Verbrauchsmaterial» behandelt. **Abscheulicher und zynischer geht es nicht.** Wir berichteten mehrmals über «Labors» von «Big Pharma» zu Beginn des Krieges.

Dann gehen wir eben zu einem anderen Institut! Boykott ist angesagt.

PostFinance

Postfinance streicht Schweizerkreuz aus Logo

Wie gefällt Ihnen das neue Postfinance-Logo?

15% Gut.

85% Schlecht.

Postfinance ändert das Logo. Die Bank ersetzt dabei das Schweizerkreuz durch zwei geschwungene Viertelkreise.

+ PostFinance



Das ist Musik! Vollständiges Musikkorps, nicht nur Registerprobe! Von den Schmalspur-Systemheuchlern hat keiner berichtet. Schande!

Es tönt und riecht nach ex-DDR. «Unser Land braucht jetzt eine breite Einheitsfront gegen rechts». Mit dieser Überschrift erschien die Zeitung «Neues Deutschland» am 4. Januar 1990. Das «Zentralorgan» der SED berichtete über eine Kundgebung am Sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow mit 250.000 Teilnehmern. Aus Sicht vieler Beobachter war es der letzte Versuch der alten Machthaber, den Gang der Geschichte noch einmal zu verändern. Die Schlagzeile erinnert an Berichte, die in der letzten Zeit in den Systemmedien erschienen sind. Die Geschichte wiederholt sich eben doch?!



Willkommen zu den
öffentlichen
Besuchstagen

Sa, 30. Dezember 23
Suppe mit Spatz
Sa, 27. Januar 24
Ghackets und Hörnli
Sa, 24. Februar 24
mit 10m Laser-
Pistolenschüssen &
Pizza aus der Militärbäckerei
Sa, 23. März 24
Fischknusperli
jeweils 10.00 - 16.00 Uhr
Eintritt CHF 12.-
Kirchrain 1 (Bus: Oberdorf)
5616 Meisterschwanden

Wir freuen uns auf Ihren Besuch

DAS Musterbeispiel für Propaganda und Bürger-Beeinflussung. Eine «Studie» des Forschungszentrum Öffentlichkeit und Gesellschaft der Uni Zürich (FöG), hat «ergeben», dass die **Schweizer Medien so gut wie schon lange nicht mehr sind.** Die Qualität sei so hoch, wie seit Jahren nicht mehr. So dargestellt im Jahrbuch «Qualität der Medien». Wunsch-Prosa vom Steuerzahler bezahlt, bzw. die «Forscher» müssen schliesslich mit etwas beschäftigt werden. Zum guten Ergebnis beigetragen hätten die Themen «Corona» und Ukrainekrieg. Diese hätten dazu geführt, dass der Journalismus mehr *Einordnung* geliefert hätte. Aha. «Einordnung», die zahn- und ahnungslosen Zeilenschinder ordnen also ein. **Nach ihrem ideologischen Gusto.** Auch so kann man den banalen Einheitsbrei umschreiben. **Achtung:** wenn Sie noch «old fashioned» «vom Papier» lesen, also «hardware», so könnte es sein, dass das Eigenlob auf den Tisch tropft.

Und jetzt noch die andere Meinung, diesmal vom RN Frankreich zu den Vorkommnissen in Paris. ...alors que le Salon de l'Agriculture ouvre ses portes ce samedi 24 février, Emmanuel Macron a souhaité y organiser un énième « grand débat » avec les agriculteurs, tout en y conviant l'organisation d'extrême-gauche « Les soulèvements de la Terre ». **C'est une véritable provocation pour tous les agriculteurs, d'autant plus intolérable que la détresse agricole est profonde.** Cette association éco-terroriste est notamment à l'origine de la manifestation non autorisée de Sainte-Soline, le 25 janvier 2023, au cours de laquelle ses militants violents ont piétiné les champs de nos agriculteurs et agressé nos forces de l'ordre. Cette association était même visée par une procédure de dissolution engagée par le ministre de l'Intérieur. Inviter « Les Soulèvements de la Terre » au Salon de l'Agriculture, c'est inviter les bourreaux de nos agriculteurs dans ce qui doit être leur sanctuaire et leur vitrine, c'est convier au débat l'incarnation même de l'écologie punitive...

Impf-Verbrechen. 14 Tage nach dem Impf-Start gab es bereits 10 Todesfälle. **Das Paul-Ehrlich-Institut (PEI)** hält einen Zusammenhang mit der Immunisierung für eher unwahrscheinlich. Schon längstens ist klar, wo die Verschwörer (gegen das eigene Volk) hocken. Selbstverständlich werden die dramatischen Meldungen von den staatlichen Coronisten verniedlicht und unter den Tisch gewischt. **Das PEI hat sich ein weiteres Mal völlig lächerlich gemacht. Man kann es auflösen.**

Nachtrag. Die andere Analyse. Weil es bis heute niemanden interessierte... Basis ist der **Wähleranteil der Nationalratswahlen im Kanton Aargau.** Die übrigen Kandidaten mit 1% oder weniger Stimmen sind nicht mitgezählt bzw. sind ohne Einfluss. Total Stimmen **398 783.**

- **Giezendanner** müsste auf ca. 28-29% der Stimmen kommen, erreichte aber nur 21.6%
- D.h. ca. **8% des SVP Wähleranteils haben ihm die Stimme nicht gegeben;** das sind **nicht ganz 32 000 Stimmen**
- Hätten diese Abweichler lückenlos Giezendanner aufgeschrieben, wäre das Endergebnis bei ca. **118 000 Stimmen gelegen**
- Das Gegenteil war der Fall: bei einem Wähleranteil von 14.6% hat Burkart von anderen Parteien gut 58 000 Stimmen erhalten

Quelle: kant. Panaschierstatistik. **Fazit: selber Schuld, mangelnde Disziplin**

Burkart	Binder	Giezendanner	Kälin	Suter
105897	48414	86430	38511	51930
25,6%	12%	21.6%	9.6%	13%
Wähleranteil	der Parteien			
14.6%	14.6%	29.0%	9.2%	17.5%

BRD – Bundesrepublik der Durchgeknallten. Das ist also die neue **Miss Germany** – aus dem Iran kommend. Ohne Kommentar. Hier die wahre Miss Germany, freue mich auf Beiträge!



Per Zufall haben wir die Siegerin der Miss Russia Wahlen, Margarita Golubeva, gefunden... Da wir im Oblast «Wokeistan» leben, gibt es keine «Miss Schweiz Wahlen» mehr. Die Welt ist def. verblödet.



Die grünen Vogelscheuchen und Tschender-Irrren haben im letzten Herbst die September-Hysterie erfunden. Zuerst in München. Weil es da Schausteller und Kellnerinnen am **Oktoberfest** gab, die seit Menschengedenken das zeigen, was Lebensfreude bereitet. Nicht so bei den verklemmten und griesgrämigen Hässlichen. Sie wollen «Tenuvorschriften» erlassen. Auf dem Weg zur Burka! Ich habe eine bessere Idee: Erscheinungsvorschriften wären angezeigt, damit die anfliegenden Krähen nicht am falschen Ort landen! **Und es geht weiter:** das gleiche Theater anlässlich der **Fasnacht**. Man stelle sich das vor: ein männliches Auge wird dem (Natur pur) Anblick von **mehr als einem knackigen, weiblichen Wadenbein** ausgesetzt! So verdummt ist die woke-Bande! **Und es geht weiter:** die Wette gilt, diese weltfremden Weiber werden im **Sommer bestimmt über die neuste Bikini Mode herziehen. Und jetzt setze ich noch einen drauf: für den «Klimawandel» müssen wir Stoff sparen – also je weniger, umso besser, umso schöner.**

Das sind in wenigen Sätzen die (trüben) Aussichten Europas nach Kriegsende in der Ukraine. Die Russen haben aufgrund der Sanktionen genügend andere Kunden gefunden für Stahl, Getreide, Dünger, Gas und Öl. Die irren Sanktionen haben nur uns geschadet. Auch wenn die Russen (ev.) nicht bis an den Rhein vorstossen, so haben sie mächtig aufgerüstet, wie noch nie in ihrer Geschichte. Dann wird es wahrscheinlich sein, dass die Russen «Resteuropa» aushungern werden. Der russ. Bär vergisst nie! Diesmal könnten sich die Amerikaner gewaltig verspekuliert haben. Auch wenn (mehrheitlich) US-Konzerne bald 80% der Agrarflächen für ein Butterbrot aufgekauft haben. Stellt sich noch die Frage, was mit dem EU-Beitritt geschehen wird, wenn die Russen einem (faulen) Kompromiss zustimmen. Dann werden Milliarden von Agrar-Subventionen in die UA fließen. Direkt in die Taschen der US-Konzerne. Dann haben sie zwei Mal Raibach gemacht. Und mit dem Diktieren der Weltmarktpreise garnieren sie dann ein drittes Mal. Es empfiehlt sich also (auch für «Kleinanleger») der Kauf einer Datscha «da hinten», damit vom EU-Geldsegen etwas auf den eigenen Kartoffelacker fällt.

Spitzt sich die Energiemangellage zu, werden Teile des Kantons Zürich zeitweise vom Netz genommen. Wie dieser Netzwurf aussehen soll, ist hier beschrieben. Für den Fall, dass sich die Strommangellage zuspitzt, werden **Energieunterwerke zyklisch abgeschaltet**. Welche Werke im Kanton Zürich das betreffen wird, zeigen Pläne der EKZ. Es gibt zwei Modelle. Für den Fall, dass es in der Schweiz zu einer Strommangellage kommt, hat der Bundesrat im November einen konkreten Massnahmenplan ausgearbeitet: Zuerst kommen die Sparapelle, gefolgt von Verwendungsbeschränkungen und Verboten. Als letztmögliche Bewirtschaftungsmassnahme sind Netzabschaltungen vorgesehen. Dabei werden **Stromnetze in Teilgebiete unterteilt und abwechselnd abgeschaltet**, hier am Beispiel des Kantons Zürich. Es handelt sich um vierzig Unterwerke der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ), die zyklisch abgeschaltet würden. Dafür gibt es zwei Pläne:

Das 50/50-Modell: Der erste Plan unterteilt die EKZ-Unterwerke in zwei Gruppen, wobei jeweils die Hälfte der Werke zeitweise abgeschaltet werden, während die andere Hälfte Strom hat. Vorgesehen ist beispielsweise ein Vier-Stunden-Rhythmus. Pro Tag stünden die Betriebe und Haushalte während insgesamt zwölf Stunden ohne Strom da.

Das Drittelsmodell: In diesem Fall wird der Kanton dreigeteilt. Somit würde der Strom in den betroffenen Bereichen während maximal acht Stunden ausfallen. **Weit haben wir es gebracht mit Flatterstrom und europ. Stromverbund.** Siehe: <https://www.20min.ch/story/diese-werke-sollen-bei-extremem-strommangel-abgeschaltet-werden-666296202142>

Die Schweizer Armee führt keine Gross-Veranstaltungen mehr durch. Auf der Zielgeraden wurden die nächsten zwei Veranstaltungen abgesagt. Gegen jeden Grundsatz der militärischen Planung. Kein Material mehr, um es der Öffentlichkeit zu zeigen? Oder zu wenig Personal? Oder sind die **Messebauer des VBS ins Ausland ausgewandert?** **Alles trifft zu.** Was für ein Armutzeugnis! Es ist schon lange Zeit für einen Personalwechsel «da oben».

Die Haushaltskrise in Deutschland kümmert die Polit-Kaste nicht. Sie lebt weiter in Saus und Braus. Sie erhöht sich im Dezember einfach das **Budget für Dienstwagen** der Minister und Staatssekretäre. Im neuen Jahr wollen die Ampel-Hampel-Ideologen ca. 10 neue Steuern einführen. Auch die Müllgebühren sollen um 10% angehoben werden. Der Bürger wird ausgenommen. Die Polit-Krawattnikis denken nicht in Ansätzen ans Sparen – bei ihnen selbst! So machten sich SPD, CDU/CSU, Grüne und FDP ein schönes Weihnachtsgeschenk von 120 Millionen Euro, indem sie einfach die absolute Obergrenze für die staatliche Parteienfinanzierung **rückwirkend ab 2018(!)** ordentlich angehoben hat. Dann wurde das Budget für Dienstwagen der Minister, Staatssekretäre und hoher Beamten deutlich erhöht, die Limite liegt **neu bei 105.000 Euro pro Staatskarosse**. Die Kosten für Funk, Blaulicht oder Standheizung sind nicht inbegriffen. Die obersten Abzocker haben auch eine tolle Auswahl: inbegriffen sind auch die **Langversionen von Audi, BMW oder Mercedes**. Ausnahmen sind reine Elektro-Modelle oder Plug-in-Hybride. Warum? Ganz einfach, für die gibt's **keine dezidierte Preis-Obergrenze**. Man gönnt sich ja sonst nichts. Fast hätten wir es vergessen: der «Schofför» muss auch noch bezahlt werden. Weil die grünen ja nie gelernt haben, ein Auto zu lenken. Nur den Staat in den Abgrund fahren, das können die Monopoli-Brüder und Schwestern ohne jeglichen Abschluss. Der Budgetanstieg ist nicht ohne - 2023 war lag die Obergrenze für Dienstwagen bei 83.000 Euro und vor fünf Jahren gar bei 59.800 Euro. **Eine Abzockerbande wie es im Buch steht.** Da sind unsere Bundesräte mit einem **BMW 320d Privatauto** geradezu Sparfüchse: ca. 60 000.- zuzüglich Extras. Und zuzüglich **Dienstwagen mit Fahrer**.

Der ehemalige Präsident des Thüringer Landeskriminalamtes, Uwe Kranz, geisselt das jahrzehntelange Hätscheln der Hamas durch Deutschland samt finanzieller Unterstützung für Gefangenenprogramme. Er prognostiziert, dass der Sinai «der Ursprung für einen 3. Weltkrieg» werde. Weiter prangert Kranz den verharmlosenden Umgang des Staates mit Islamisten in Deutschland an. Es gebe rund **600 Gefährder**, wovon über 500 Islamisten seien. Ferner existiere die **Salafisten-Szene mit etwa 12.000 Personen**, von denen ca. ein Drittel gewaltbereit seien. Dazu kämen die **Rückkehrer aus Syrien und dem Irak**, wovon mindestens die Hälfte gewaltbereit und gewaltsozialisiert worden seien. Die deutsche Politik habe hingegen mit dem Rechtsextremismus einen Popanz aufgebaut.

Siemens Energy plant, sich aus dem Windkraftgeschäft an Land zurückzuziehen, da dieses **hohe Verluste** verursacht. Wir berichteten. Staatsgarantien können diese Probleme nicht beheben. Bei einer Bilanzvorlage in München betonte CEO Christian Bruch, dass Siemens Energy den größten Auftragsbestand in der Energietechnikindustrie hat. Logisch und angebracht wäre wenigstens Schweigen gewesen. Aber nein, der Gehorsame unterstrich die Notwendigkeit, die Energiewende erfolgreich umzusetzen. Gibt es ev. noch weitere Gründe für den Ausstieg? Ja, wir berichteten über die weltweiten Technikprobleme an Windanlagen, deren Kosten die Siemens Energy vom Markt winden könnte.

Im Kanton Basel-Stadt kam es bei den eidgenössischen Wahlen 2023 zu einer bisher kaum beachteten E-Voting-Panne. Der Regierungsrat sprach gegenüber dem Parlament von einer **«sehr seltenen Konstellation»**. Im Vorfeld, als auch am Wahlsonntag, gab es einige Pannen und Fehlleistungen, welche dazu führen können, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Behörden noch mehr abnimmt. Die Bekanntgabe des Ständerats-Resultats verzögerte sich bis um 1930 Uhr und im Nachgang wurde noch ein Fehler im Wahlergebnis bekannt. Es ist nicht so, dass die Stimmzähler ihren Zählrahmen nicht bedienen konnten. Vielmehr war es ein **Fehler der E-Voting-Software**. Offenbar hat man keine Testläufe mit «früheren» Wahlergebnissen gemacht. Der Kanton Basel-Stadt gehörte aber zu den drei Kantonen, die 2023 erneut versuchten, das umstrittene E-Voting in der Schweiz zu etablieren. Was unter der erwähnten **«sehr seltenen Konstellation»** zu verstehen ist, erklärte der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt nicht. Die entsprechende Fehlerquelle liege bei der Einspeisung der Daten. Leider erfolgt eine Aufarbeitung bislang weder beim Bundesamt für Statistik noch beim Kanton Basel-Stadt. Alles wird vertuscht. **Beim E-Voting müsste jede Aufarbeitung zu einem sofortigen Verzicht führen.** E-Voting in der Schweiz ist, wie jedes E-Voting-System, **unsicher und nicht vertrauenswürdig**. E-Voting ist in der Schweiz nicht notwendig, denn das Abstimmen und Wählen an der Urne in brieflicher Form funktioniert bestens. Einfacher: die Version «Papier» funktioniert, alles andere ist mind. als zweifelhaft anzusehen.

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 22. Dezember 2023 **«verbesserte Sicherheitsstandards(!) für Fahrzeuge» beschlossen.** Hier **O-Ton** aus dem BR Bulletin: Im **Einklang mit den europäischen Zulassungsbestimmungen(!)**, müssen neue Fahrzeuge mit einem **Unfalldatenschreiber und neuen Fahrassistenzsystemen** ausgerüstet werden. Verbesserte **Karosserieelemente** erhöhen zudem die Sicherheit von Fahrzeuginsassen, Fussgängerinnen(!) und Fussgängern. Die Vorschriften treten am 1. April 2024 in Kraft. (wir haben vor langer Zeit informiert. **Wie war das? Verbesserte Karosserie versus Fussgänger? Fahrassistenz und Sicherheit?** Muss das im «Einklang» geschehen, weil die «Automaten-Fahrer» (ab 17!) ihr Fahrzeug nicht mehr beherrschen? Zum **Unfalldatenschreiber**. Früher genannt «Endphasenschreiber»: dieser Schreiber notiert eine bestimmte Zeit vor einem crash Handlungen im Fahrzeug. Damit kann man jederzeit «beweisen», dass Sie zu schnell gefahren sind, zu spät gebremst haben oder sonst ein «regelwidriges» Verhalten begangen haben. **Unfalldatenschreiber (UDS) in PKWs**, oft auch als Event Data Recorder (EDR) bezeichnet, zeichnen eine Vielzahl(!) von Fahrzeugdaten auf, aber ihre Speicherdauer und der Umfang der gespeicherten Daten können variieren. Im Allgemeinen sind sie darauf ausgelegt, Daten kurz vor, während und unmittelbar nach einem Unfall aufzuzeichnen. Die meisten EDRs zeichnen Daten für einen kurzen Zeitraum auf, oft nur wenige Sekunden vor bis einige Sekunden nach einem Unfall. In der Schweiz wurde festgelegt, dass jeweils 5 Sekunden gespeichert bleiben. Dies umfasst in der Regel Informationen wie Geschwindigkeit, Bremsaktivität, Gurtstatus, Airbag-Auslösung und mehr. Die Menge und Art der aufgezeichneten Daten variieren je nach Hersteller und Modell des Fahrzeugs. Einige neuere Modelle können detailliertere Informationen aufzeichnen, einschliesslich Lenkwinkel, Gaspedalstellung und sogar Videoaufnahmen in einigen Fällen. Daten verbleiben im Fahrzeug und können nur durch die Ermittlungsbehörden ausgelesen werden. Die Einführung ist für neue Pw's ab Importdatum 7. Juli 2024 vorgesehen und für Busse, LKW's und Sattelschlepper ab 7. Jan. 2027, weil die Systeme mit den Fahrtschreibern in Einklang gebracht werden müssen. Und die ganze Geschichte,

weil einige «Kräfte» (ohne Fachwissen) in Brüssel die **irren Vorschriften zur totalen Bürger- bzw. Autofahrerkontrolle erstellt haben**. Echt Juristenfutter. **Und was machen ACS und TCS? Nichts. Sie sind mit der Organisation des Jahresball's beschäftigt.** Hier Link zum Marktführer: <https://kienzle.de/uds-unfalldatenspeicher-pro/>

Ist der Westen dazu noch fähig? Russland hat im vergangenen Jahr 2 neue Panzerarmeen aufgestellt. Dann 1 Fliegerkorps und 4 Kampfdivisionen. Dann werden die Militärbezirke Lenin-grad und Moskau ausgebaut. Schliesslich benutzen die USA ab 2024 **21 finnische Militäreinrichtungen**. Dann nehmen wir zur Kenntnis, dass nur noch **17% der Deutschen zur Verteidigung des Landes bereit wären**. Also nichts, nachdem die Bundeswehr schon heute ausgehungert ist. Die Systemmedien und Transatlantiker laufen dem dementen Patienten in den USA nach, der kaum mehr seinen eigenen Namen schreiben kann. Fazit: es ist Zeit, einen **Russisch-Kurs zu buchen**.



Sie zählte zu den Vorzeige-Managerinnen der alten CS: **Se-rena Fioravanti**. Das **Pimpen ihres CV's** konnte ihrer steilen Karriere in die Teppichetage nichts anhaben. Dort küm- merte sich Italo-Girl um die Risiken. Als die CS «abgewickelt» wurde, blieb **Bella Serena** auf ihrem Sessel kleben. Wir erstarren zu Hartweizen-Pasta ob der Titelgebung: **«Chief Risk Officer Swiss Bank», «Member of the Execu- tive Board CS Switzerland AG»!** Aber nur für kurze Zeit. Bis November. Dann war die Finanzfrau, die 2022 auch noch **«Miss global Risk Culture»** (was ist denn das?) der CS geworden ist, über Nacht weg von ihrem Posten. Aber nicht weg von der Payroll. Aber hinüber gehüpft ins **«Board of Directors»**, also Verwaltungsrat, der **«Credit Suisse Ent- repreneur Capital»**. Ohne eigentliches Portefeuille, aber mit **Gehalts- und Bonus-Fernsicht**. So wird mit den Finanzen herumgehüpft. Sie ist offenbar immer oben, beim Hupfen...

Die Rede, die Außenminister Lawrow im UN-Sicherheitsrat - Teil 2

Apropos Verhandlungen. Wir geben sie auch jetzt nicht auf. Der russische Präsident Wladi- mir Putin hat sich bei vielen Gelegenheiten dazu geäußert. Ich möchte den verehrten US- Außenminister daran erinnern, dass **Präsident Selensky ein Dekret unterzeichnet hat, das Verhandlungen mit Putins Regierung verbietet**. Wenn die USA so sehr daran interessiert sind, wäre es meines Erachtens nicht schwierig, «das Kommando» zu geben, dass Selensky's Dekret aufgehoben wird. Heute hören wir in der Rhetorik unserer Gegner nur Parolen: «Inva- sion, Aggression, Annexion». Kein Wort über die Ursachen des Problems, darüber, dass sie seit vielen Jahren ein offen nazistisches Regime fördern, das den Ausgang des Zweiten Welt- kriegs und die Geschichte seines eigenen Volkes offen umschreibt. Der Westen weicht einem sachlichen Gespräch aus, das auf Fakten beruht und alle Anforderungen der UN-Charta respektiert. Offenbar hat er keine Argumente für einen ehrlichen Dialog.

Es entsteht der Eindruck, dass die Vertreter des Westens Angst vor professionellen Diskussi- onen haben, die ihre Demagogie entlarven. Während sie die territoriale Integrität der Ukraine beschwören, schweigen die ehemaligen Kolonialmächte zu den Beschlüssen der Vereinten Nationen, wonach Paris das «französische» **Mayotte an die Union der Komoren** zurückge- ben und London sich aus dem **Chagos-Archipel** zurückziehen und mit Buenos Aires Ver- handlungen über die **Malwinen** aufnehmen muss. Diese Verfechter der territorialen Integrität der Ukraine geben nun vor, sich nicht mehr an die Bedeutung des Minsker Abkommens zu erinnern, das die Wiedervereinigung des Donbass in die Ukraine mit Garantien für die grund- legenden Menschenrechte, vor allem das Recht auf die eigene Muttersprache, vorsah. **Indem der Westen die Umsetzung verhindert hat, trägt er die direkte Verantwortung für den Zerfall der Ukraine und die Anzettelung des Bürgerkriegs in der Ukraine. Unter den anderen Grundsätzen der UN-Charta**, deren Einhaltung eine Sicherheitskrise in Europa ver- hindern und dazu beitragen könnte, vertrauensbildende Maßnahmen auf der Grundlage eines Interessenausgleichs zu vereinbaren, möchte ich **Kapitel VIII, Artikel 2 der Charta nennen**. Darin ist die Notwendigkeit verankert, die Praxis der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten

durch regionale Organisationen zu entwickeln. Im Einklang mit diesem Grundsatz hat sich Russland gemeinsam mit seinen Verbündeten stets für die Herstellung von Kontakten zwischen der OVKS und der NATO eingesetzt, um die praktische Umsetzung der oben genannten OSZE-Gipfelbeschlüsse von 1999 und 2010 über die Unteilbarkeit der Sicherheit zu erleichtern, in denen es insbesondere heisst, dass «kein Staat, keine Staatengruppe oder Organisation die Hauptverantwortung für die Wahrung von Frieden und Stabilität im OSZE-Gebiet übernehmen oder einen Teil dieses Gebiets als seinen Einflussbereich betrachten darf». Jeder weiss, dass die NATO genau das getan hat: sie hat versucht, sich in Europa und nun auch im asiatisch-pazifischen Raum einen Vorteil zu verschaffen. Die zahlreichen Appelle der obersten Gremien der OVKS an das Nordatlantische Bündnis wurden jedoch ignoriert. Der Grund für diese **arrogante Haltung der USA** und ihrer Verbündeten ist, ihre mangelnde Bereitschaft mit irgendjemandem einen gleichberechtigten Dialog zu führen. Hätte die NATO die Kooperationsvorschläge der OVKS nicht abgelehnt, hätte sie viele der negativen Prozesse vermeiden können, die zur gegenwärtigen europäischen Krise geführt haben, weil sie sich jahrzehntelang geweigert haben, Russland zuzuhören oder es betrogen haben.

Wenn wir heute auf Anregung des Vorsitzes über „effektiven Multilateralismus“ diskutieren, sollten wir die zahlreichen Fakten der genetischen Ablehnung gegenüber jeder Form von gleichberechtigter Zusammenarbeit durch den Westen nicht vergessen. Nehmen wir nur **Josep Borrells Ausspruch, Europa sei «ein blühender Garten, umgeben von einem Dschungel»**. Das ist ein rein neokoloniales Syndrom, das die souveräne Gleichheit der Staaten und die Aufgaben zur „Stärkung der Grundsätze der UN-Charta durch einen wirksamen Multilateralismus“ verachtet, die uns heute zur Diskussion gestellt wurden. In dem Bestreben, die Demokratisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen zu verhindern, privatisieren die USA und ihre Verbündeten immer unverhohlener und unverfrorener die Sekretariate internationaler Organisationen und schleichen sich in die Beschlüsse zur Schaffung untergeordneter Mechanismen ein, die zwar kein Mandat haben, aber das Recht beanspruchen, diejenigen anzuklagen, die Washington aus irgendeinem Grund nicht gefallen. In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, dass die UN-Charta nicht nur von den Mitgliedstaaten, sondern auch vom Sekretariat unserer Organisation strikt eingehalten werden muss. Nach Artikel 100 der Charta ist das Sekretariat verpflichtet, unparteiisch zu handeln und darf von keiner Regierung Weisungen entgegennehmen. Wir haben bereits über Artikel 2 der Charta gesprochen. Ich möchte die Aufmerksamkeit auf seinen wichtigsten Absatz 1 lenken: «Die Organisation beruht auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder.» In Weiterentwicklung dieses Grundsatzes bestätigte die Generalversammlung der Vereinten Nationen in der von mir erwähnten Erklärung vom 24. Oktober 1970 «das unveräusserliche Recht eines jeden Staates, sein politisches, wirtschaftliches, soziales und kulturelles System ohne Einmischung von irgendeiner Seite selbst zu wählen.» In diesem Zusammenhang haben wir ernsthafte Fragen zu den Aussagen von Generalsekretär Guterres vom 29. März dieses Jahres, dass «autokratische Herrschaft keine Stabilität garantiert, sondern ein Katalysator für Chaos und Konflikte ist», dass aber «starke demokratische Gesellschaften zur Selbstheilung und Selbstverbesserung fähig sind. Sie können einen Wandel, sogar einen radikalen Wandel, ohne Blutvergiessen und Gewalt herbeiführen.» (*Anm.: gilt das auch für die Ukraine!?*) Man kann nicht umhin, sich an die «Veränderungen» zu erinnern, die durch die aggressiven Abenteuer der «starken Demokratien» in Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien und vielen anderen Ländern herbeigeführt wurden. **Der ehrenwerte Antonio Guterres sagte weiter: «Sie – die Demokratien – sind Zentren einer umfassenden Zusammenarbeit, die auf den Grundsätzen der Gleichheit, der Teilhabe und der Solidarität beruht.»**

Die NZZ bzw. Frau Neuhaus hat am 27.2. wieder einmal ihre abstrusen Ansichten platzverschwendend breitgeschlagen. Aussage: «**In der Schweiz besteht eine lange Tradition des Rechtspopulismus**». Aha. Und jetzt der Herr Professor: Der **Historiker Damir Skenderovic** erklärt, was die SVP und die AfD verbindet. «**Man tut so, als habe das Land kein Problem mit Rechtsextremismus**». Hat irgendjemand in Absurdistan auf diese Sprüche gewartet? **Ein Personalwechsel ist überfällig.**